

Brauchen wir Europa? – Fakten und Hintergründe

Europa war früher einmal das Machtzentrum der Welt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren 25 % der Weltbevölkerung Europäer, heute sind es weniger als 8 %. Bis 1914 waren die europäischen Mächte Weltmächte, mit eigenen Kolonialreichen. Diese Weltmachtstellung haben sie bereits 31 Jahre später verloren. 1945, nach zwei furchterlichen Weltkriegen mit Millionen von Toten, ist ihre globale Vormachtstellung beendet. Sie verlieren ihre Kolonien und haben nur noch gemeinsam eine Chance, weltpolitisch eine Rolle zu spielen. Dazu ein Beispiel: Wenn 27 Regierungen Europas einzeln mit Russland wegen günstigerer Gaspreise oder mit den USA wegen besserem Datenschutz verhandeln, sind die Erfolgsaussichten gering. Aber wenn nur eine Delegation für knapp 450 Millionen Europäer verhandelt, bestehen echte Erfolgsaussichten. Diese Erkenntnis, europäische Interessen nur noch gemeinsam erfolgreich vertreten zu können, führte zur Wiederbelebung des alten Traumes einer Vereinigung Europas. Dieser Traum wurde verstärkt durch den Wunsch nach einem dauerhaften Frieden in Europa. Dazu kam das Streben nach besseren Lebensbedingungen. **Das große Ziel der Gründerväter Europas waren Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, wirtschaftliches Wohlergehen und eine gute Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger Europas.**

Historisch gesehen gab es nach den furchterlichen Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs in allen europäischen Staaten vor allem den Wunsch: „Nie wieder Krieg!“ Dieser Friedens-Wille führte zur Aussöhnung der Erzfeinde Deutschland und Frankreich und zum Zusammenwachsen Europas. Erster Schritt war die Idee einer „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“. Der 9. Mai 1950 war das Datum der historischen Pressekonferenz des französischen Außenministers Robert Schuman zur Gründung einer Montan-Union. Dieser 9. Mai ist heute der in der ganzen Europäischen Union gefeierte Europatag. Diese bereits 5 Jahre nach Kriegsende eingeleitete friedliche Vereinigung von ganz unterschiedlichen Staaten Europas wurde dann Schritt für Schritt erfolgreich fortgesetzt. Sie ist ohne Vorbild in der Geschichte – und hat fast überall nur Gewinner gehabt. Europa hat sich diese gewaltigen Fortschritte unter schwierigen Bedingungen erarbeiten müssen, nur auf der Grundlage von komplizierten Verträgen, und vielen Europa-Gegnern zum Trotz. Entscheidend war der **Glaube an die Zukunft eines friedlichen, freiheitlichen, die Menschenwürde achtenden und wirtschaftlich erfolgreichen Europas**. Dieser Glaube hat die Menschen befähigt, den Kommunismus und die Spaltung Europas zu überwinden. Aber mit dem Beitritt der früheren Ostblockländer 2004 und damit dem Anwachsen auf 28 Mitgliedstaaten, und dann dem BREXIT-Beschluss der Briten vom 31.01.2020 ist die „**Baustelle Europa**“ recht kompliziert geworden – und Europa bleibt auch weiterhin eine komplizierte Baustelle.

Das reibungslose Funktionieren der Europäischen Union mit heute 27 ganz unterschiedlichen Mitgliedstaaten vernünftig zu regeln ist also keine leichte Aufgabe. Sie erfordert ebenso geduldiges wie kompromissberechtigtes politisches Handeln. Denn die nationalen Eitelkeiten sind immer noch recht groß, und sie nehmen derzeit wieder zu. Nicht nur wegen der Corona-Pandemie haben einige Staaten wieder Grenzkontrollen eingeführt. Aber der **Europäische Binnenmarkt** lässt das im Grunde nicht zu. **Er verspricht innerhalb der Europäischen Union vier ganz wichtige Freiheiten, den freien Verkehr von Menschen und Waren, von Dienstleistungen und Kapital. Diese vier Grundfreiheiten sind die großen Stärken des Europäischen Binnenmarktes, der unsere erfolgreiche Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung überhaupt erst ermöglicht hat.**

Die Europäische Union in diesem Sinne zu führen ist die Aufgabe der **Europäischen Kommission**. Sie ist die **Regierung Europas** und damit die „**Wächterin der Verträge**“. Sie verwaltet den europäischen Binnenmarkt und verteidigt ihn gegen nationale Sonderwünsche. Außerdem verwaltet sie den Europäischen Haushalt, der dank eines milliardenschweren Corona-Konjunktur-Programmes gewaltig angewachsen wird. Die Europäische Kommission unter Leitung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besteht aus 27 Kommissaren, einem aus jedem Mitglied-Staat.

Die Europäische Kommission wird gesetzgeberisch begleitet und kontrolliert vom **Europäischen Parlament**. Es ist das erste demokratisch gewählte Parlament einer transnationalen Völkergemeinschaft – das ist einmalig auf der Welt. Und dieses Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahrzehnten mehr und mehr Rechte erhalten. Die 27 nationalen Parlamente waren klug genug, Souveränitätsrechte über solche Aufgaben abzutreten, die besser europäisch als national gelöst werden können. Natürlich kommt es dabei auf die richtige Balance zwischen nationaler und europäischer Machtausübung an.

Die 27 **EU-Mitgliedstaaten** üben ihre Macht in derzeit zehn **europäischen Ministerräten** aus. Das sind die jeweiligen Fachminister der Mitgliedstaaten, deren Vorsitz jedes Halbjahr wechselt. Im zweiten Halbjahr 2020 hatte Deutschland die Präsidentschaft, zurzeit ist es Portugal. Die europäischen Ministerräte beraten mit dem Europäischen Parlament anstehende Gesetze und Richtlinien und verabschieden sie dann gemeinsam. Die

Entwürfe werden von der EU-Kommission erarbeitet, sie hat das alleinige Vorschlagsrecht. So sollen nationale Alleingänge vermieden werden. Dagegen wehrt sich das Europaparlament, das eigene Initiativrechte verlangt.

Die politische Führung der Europäischen Union liegt beim „Europäischen Rat“ der 27 Regierungschefs, unter Leitung des Ratspräsidenten Charles Michel aus Belgien. Dieser Europäische Rat der Regierungschefs hat zwar keine Gesetzgebungskompetenz, entscheidet aber über die großen Linien der Politik in der Europäischen Union. Das hat er wieder bewiesen bei seinem Corona-Gipfeltreffen in Brüssel mit gigantischen Finanzbeschlüssen bis 2027. Dabei wurden Finanzausgaben erstmalig, sehr zum Ärger von Ungarn und Polen, an die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen gebunden. Da bei den meisten Entscheidungen des Europäischen Rates Einstimmigkeit erforderlich ist, ist die politische Willensbildung im Europäischen Rat in der Regel ein schwieriger und langwieriger Prozess. Diese komplizierten Strukturen zeigen deutlich, dass die Europäische Union bisher nur ein Bündnis von souveränen Staaten ist, keineswegs ein europäischer Bundesstaat.

Das rechtliche Geschehen in Europa regelt der aus zwei Teilen bestehende Lissabon-Vertrag von 2009 über die „Europäische Union“, also ihren Aufbau, und über die „Arbeit der Europäischen Union“, also ihre Geschäftsordnung. An der weiteren Entwicklung dieses Lissabon-Vertrages scheiden sich die Geister. Genügt uns der heutige Europäische Binnenmarkt, der inzwischen der größte Binnenmarkt und zusammen mit der Schweiz, Norwegen, Großbritannien, Kanada und Japan die wirtschaftsstärkste Freihandelszone der Welt ist. Oder wollen wir als Ziel „Vereinigte Staaten von Europa“ oder gar einen „Europäischen Bundesstaat“. Die Tatsache, dass das weitere Zusammenwachsen der Staaten Europas ein ergebnisoffener Prozess ist, bietet alle Möglichkeiten, unsere Zukunft weiterhin positiv zu gestalten. Aber das erfordert von allen Europäerinnen und Europäern den Willen zur Überwindung nationaler Sonderwünsche. Wir alle müssen Europa wirklich wollen! Und das, was europäisch besser geregelt werden kann als national, sollten wir europäisch regeln. Glücklicherweise haben wir ja auch schon viel erreicht. Die Europäische Union ist die einzige Region in der Welt, in der 27 Staaten mit knapp 450 Millionen Menschen sich gegenseitig tolerieren, Konflikte friedlich lösen und in einem dauerhaft gesicherten Frieden leben. **Die meisten EU-Bürger haben noch nie einen Krieg erlebt.**

Was ist nun das Geheimnis von Europas erfolgreicher Friedenspolitik?

Diese basiert auf zwei Grundsätzen:

Zum einen gilt nicht mehr das Recht des Stärkeren – „Wer die Macht hat, hat das Recht!“. Sondern es gilt das genaue Gegenteil – „Das Recht hat die Macht!“. In Europa werden Konflikte friedlich gelöst, meist politisch durch das Aushandeln von Kompromissen, im schlimmsten Fall vor Gericht, aber auf gar keinen Fall mehr mit Waffengewalt – wie heute sonst noch überall auf der Welt. **„Unsere Union ist kein Staat, aber sie ist ein Rechtsstaat“**, das war die klare Botschaft des ehemaligen Kommissions-Präsidenten Jean-Claude Juncker. Und die Justiz funktioniert sowohl in den Mitgliedstaaten wie im Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg wie im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte des Europarates in Straßburg. Sie funktioniert zwar nicht ohne Fehler, aber ohne Folter und Todesstrafe. **Rechtsstaatlichkeit ist die wichtigste Basis für unseren dauerhaft gesicherten Frieden in der Europäischen Union.**

Zweitens erfordert die europäische Friedenspolitik die Anerkennung auch strittiger Grenzen. Früher waren Grenzen ja wichtige Symbole der Staats-Souveränität. Aber inzwischen können die Bürger Europas die Reisefreiheit des Schengen-Abkommens genießen und leben auch sonst in früher nicht gekannten Freiheiten. Leider ist die Anerkennung strittiger Grenzen bis heute ein Problem. So ist damals den Deutschen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht leicht gefallen. Aber ohne diese Anerkennung hätte es am 3. Oktober 1990 keine deutsche Wiedervereinigung gegeben. Natürlich müssen die durch strittige Grenzen betroffenen Bürger einen wirksamen Minderheitenschutz erhalten. Dieser Minderheitenschutz ist in der Europäischen Union gewährleistet – auch für die deutschsprachigen Bürger von Polen, Südtirol, Elsass, Luxemburg, Belgien und Dänemark. **Die europäische Friedensidee – Achtung von Recht und Gesetz, Anerkennung auch strittiger Grenzen und ein wirksamer Schutz von nationalen Minderheiten – hat sich seit Jahrzehnten bewährt und wurde 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.** Und so wiederhole ich meine wichtigste These: **Wir Europäer haben begriffen, wie man Konflikte friedlich löst, und praktizieren das auch. Wir sind die einzige stabile Friedens-Region in der Welt, und wir profitieren mächtig davon. Denn ein Tag Krieg ist teurer als 70 Jahre Europa.** Und deshalb ging es im zusammenwachsenden Europa noch nie so vielen Menschen so gut wie heute. Leider ist uns dieser großartige Erfolg unseres dauerhaft gesicherten Friedens so selbstverständlich geworden, dass er uns als weltweit einmalige Errungenschaft Europas gar nicht mehr so richtig bewusst ist. **Die meisten Bürger Europas wissen gar nicht, wie gut es ihnen geht.**

Da bleibt die Frage, wo liegen die Probleme Europas? Nun, das zusammenwachsende Europas steckt noch voller unerledigter Aufgaben. Der am weitesten gehende Wunschtraum wäre ein europäischer Bundesstaat, aber de facto haben wir lediglich einen starken europäischen Binnenmarkt, von dem gerade wir exportorientierten Deutschen mächtig profitieren. Doch es fehlt noch Vieles. Der BREXIT-Beschluss der Briten bestätigt die Neigung vieler Politiker, nationale Ziele lieber im Alleingang anzusteuern. Und diese national gesinnten

Kräfte mobilisieren ihre europa-kritische Wählerschaft ganz gezielt. Damit wurden die letzten Europa-Wahlen im Mai 2019 zu einer spannenden Bestandsaufnahme des politischen Ist-Zustandes der Europäischen Union. Glücklicherweise gehört eine satte Mehrheit im heutigen Europa-Parlament den europafreundlichen Fraktionen von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen an. Dass gilt auch für die 27 EU-Kommissare, von denen 10 konservativen, 9 sozialdemokratischen und 6 liberalen Parteien angehören.

Wir sind zwar, wie es im Lissabon-Vertrag so schön heißt, in Europa „in Vielfalt vereint“ – in Vielem aber leider noch sehr verschieden. Das ist auch so schnell nicht zu ändern, denn wir können unsere historisch gewachsenen Unterschiede nur langsam abbauen. Aber das gemeinsame Ziel bleibt: Wir Europäer wollen, Schritt für Schritt, vergleichbare Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union schaffen, **das Ziel ist eine europäische Sozial-Union**. Und dazu kommt eine konsequente Durchsetzung unserer demokratischen Grundordnung, **das Ziel ist eine europäische Werte-Union**. Und über allem steht **die Sicherung des Friedens**. **Als Sozial-Union, als Werte-Union und als Friedens-Union ist die Europäische Union der wichtigste Garant einer guten Zukunft für uns, für unsere Kinder und für unsere Enkel.**

Die **Struktur der Europäischen Union** gleicht einer Zwiebel, bestehend aus mehreren Schalen. Sie entstand am 9. Mai 1950 aus der Überwindung der Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Da wurden aus Erzfeinden erst Partner und dann Freunde, im Frühjahr 1957 wieder besiegelt durch den „Vertrag von Aachen“, als Nachfolger des Elysée-Vertrages von 1963. Deutschland und Frankreich sind der Motor der Vereinigung Europas. Um diesen Kern gruppieren sich die weiteren 4 Gründerstaaten der Montan-Union von 1952 und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG von 1957, nämlich Italien und die drei BENELUX-Staaten. Die nächste Schale bilden die Mitgliedstaaten der EURO-Zone, die sich **1993 im Vertrag von Maastricht zur Gründung einer „Europäischen Union“, der EU, mit einer gemeinsamen Währung, dem EURO, entschlossen haben. Der EURO ist die stärkste Klammer Europas**. Die inzwischen 19 EURO-Staaten bilden das Zentrum der Europäischen Union. Der EURO ist ein wichtiger Garant unseres wachsenden Wohlstandes. Er ist nicht nur die Basis für unsere erfolgreiche Wirtschaft, sondern auch wir Normalbürger können die Vorteile des EURO bei jeder Auslandsreise hautnah erleben. Das gleiche gilt für das Schengen-Abkommen, das offene Grenzen, also Reisefreiheit zwischen seinen Vertragspartnern garantiert – und dazu gehören neben den meisten EU-Staaten auch Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein. Und dazu kommen die Beitrittskandidaten, die gerne der Europäischen Union angehören würden. Zurzeit sind das Albanien und Nord-Mazedonien. Mein Fazit lautet: **Die Europäische Union ist ein lebendiges Bündnis gleichberechtigter Staaten, die den übrigen Nationen Europas freundschaftlich gegenüberstehen.**

Betrachten wir nun einen wichtigen Einzelbereich Europas, nämlich den **Finanzbereich**. Hier haben wir – trotz manchem Mediengeschrei – keine EURO-Krise. Der EURO ist stabil. Er ist mehr wert als der Dollar und die zweitwichtigste Währung der Welt. Bei genauerer Betrachtung von EURO und Dollar fällt auf, dass die 19 EURO-Länder mit 333 Mio. zwar mehr Einwohner haben als die USA, die sich dafür aber eine deutlich höhere Staatsverschuldung leisten. Leider haben auch viele EURO-Länder zu lange über ihre Verhältnisse gelebt und leisten sich eine hohe Staatsverschuldung. Derzeit wird nur die zusätzliche Neuverschuldung abgebremst. Sie sank von 6,6 % der 19 nationalen Wirtschaftsleistungen BIP in 2009 auf 0,7 % in 2018. Eine rühmliche Ausnahme bildete Deutschland, hier feierte man bereits 2014 die „Schwarze Null“ – das erste Jahr seit 1968 ohne staatliche Neuverschuldung. Und diese „Schwarze Null“ wurde bei uns bis zur Corona-Pandemie 2020 durchgehalten. Doch das ist nun nicht länger möglich, Corona erzwingt überall höhere Staats-Schulden.

Leider fehlt in den 19 EURO-Staaten als stabiles Fundament der gemeinsamen Währung eine gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik. Man sagt ja, beim Geld hört die Freundschaft auf, da pocht jeder auf seine nationale Entscheidungshoheit. Aber der EURO ist ein Zuchtmeister, den kein Land mehr eigenständig auf- oder abwerten kann. So erzwingt der EURO eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Das haben nicht nur die Griechen mühsam lernen müssen. Die Europäische Zentralbank stützt den EURO-Raum mit extrem niedrigen, ja sogar negativen Zinsen, und mit reichlich Liquidität. Doch die langfristige Lösung kann nur eine gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik im gesamten EURO-Raum sein. Die gemeinsame Währungspolitik der politisch unabhängigen Europäischen Zentralbank bedarf der Ergänzung durch eine gemeinsame Finanzpolitik, mit einem starken EU-Kommissar als eine Art „EURO-Finanzminister“ an der Spitze. Die bereits 2014 gelungene Einführung einer europäischen Banken-Aufsicht und eines Europäischen Stabilitäts-Mechanismus ESM waren dafür wichtige erste Schritte. Der nächste Schritt könnte die Umwandlung des ESM in einen Europäischen Währungsfonds werden. Langfristig sollte jedes EURO-Land seine laufenden Staatsausgaben auf das beschränken, was es auch an Einnahmen erwirtschaften kann. Schulden sollten nur in der heutigen Corona-Krise oder für langfristige Zukunftsinvestitionen aufgenommen werden dürfen. Das ist eine wichtige Aufgabe für jedes einzelne EURO-Land. Ob das überall gelingen wird, ist noch nicht klar. Aber eins ist klar, dank der gemeinsamen Währung EURO bekommen wir deutlich mehr Europa und deutlich mehr Union.

Auch der vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland zum 31.01.2020 beschlossene und seit dem 1.01.2021 wirksame BREXIT wird große Probleme verursachen, vor allem für die Briten selber. Sie

werden die schlimmen Folgen ihres Austritts aus der Europäischen Union, verbunden mit den ebenfalls schlimmen Folgen der Corona-Krise, deutlicher zu spüren bekommen als die Europäer. Politisch droht ein Zerfall des Vereinigten Königreiches, aus dem Schottland und Nordirland ausscheiden könnten, und wirtschaftlich droht den Briten ein starker Niedergang. Zwar sind die Briten bekannt für ihre Leidensfähigkeit. Aber ob sie diesen Status- und Wohlstandsverlust auf Dauer tolerieren werden, wage ich zu bezweifeln. Deshalb würde es mich nicht wundern, wenn es nach Ende der Ära Boris Johnson zu neuen Beitrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich käme. Das wäre dann sicherlich ein Vorteil sowohl für die Briten wie für Europa.

Auch die Corona-Krise erschüttert derzeit Europa. Sie wird aber vor allem national bekämpft. Das entspricht auch dem geltenden Recht in der Europäischen Union, die nur wenige Kompetenzen im Gesundheitswesen hat. Ein Ende der Corona-Krise ist glücklicherweise in Sicht. Bereits Ende 2020, also schon ein Jahr nach ihrem Ausbruch, war ein wirksamer Impfschutz für die gesamte EU-Bevölkerung absehbar. Allerdings wollen etliche Europäer – insbesondere in Deutschland – nicht einsehen, dass bei der neu aufzubauenden Produktion von einer Milliarde Impfstoff-Dosen Geduld wichtiger ist als egoistische Verteilungsansprüche. Immerhin hat die mit 7.4 Milliarden € finanziell geförderte und inzwischen so erfolgreiche europäische Initiative zur Entwicklung von wirksamen Impfstoffen gezeigt, dass wir auch dank des gemeinsamen Kampfes gegen Corona deutlich mehr Europa und deutlich mehr Union bekommen.

Derzeit zeigt sich in Folge der Corona-Krise leider auch, dass die Digitalisierung weltweit sehr schnell voranschreitet und den digitalen Global-Playern wie Amazon, Facebook, Google, Microsoft und Twitter zu noch mehr Macht und Gewinn verhilft. Das halte ich, auch nach dem unrühmlichen Ausscheiden von Wirecard, für eine der großen Schwächen Europas. Da müssen wir uns weiter anstrengen und deutlich besser werden.

Abschließend noch ein Wort zu den Medien, denn sie spielen in diesem europäischen Integrationsprozess eine Schlüsselrolle. Die Medien berichten nicht, wenn ein Flugzeug fliegt, sondern erst, wenn es abstürzt. Derzeit übertreffen sich die Medien in EURO-, Corona- und anderem Krisen-Geschrei und wollen uns ein baldiges Scheitern der jahrzehntelangen und bisher so erfolgreichen Bemühungen um die Vereinigung Europas einreden. Sie übersehen dabei wichtige Fakten: **In der ganzen Welt gibt es Hunger und Elend, Krieg und Vertreibung, Folter und Todesstrafe – nur in der Europäischen Union gibt es das Alles nicht. Wir Europäer sind Weltspitze in Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenwürde**, und dazu gehört auch die soziale Absicherung der Schwachen unter uns. Darüber berichten die Medien leider nicht. Sie interessieren sich vor allem für die vielen nach wie vor ungelösten Probleme, die den Alltag vieler Menschen in Europa bestimmen. Und da bleibt ja auch noch viel zu tun. **Aber noch nie ging es in Europa so vielen Menschen so gut wie heute. Die Europäische Union gibt der Welt ein Beispiel, wie ein gesicherter Friede samt freien Märkten und garantierten Menschenrechten das Leben der Menschen verbessern, ihren Wohlstand mehren und die Unterstützung der sozial Schwachen absichern kann.** Und Tausende Flüchtlinge bestätigen das durch ihre – teils unter Lebensgefahr – durchgeführte Abstimmung für Europa „mit den Füßen“. Europa ist eben für ganz viele Menschen eine ganz große Hoffnung – warum eigentlich nicht auch für uns Europäer? Warum setzen wir uns nicht stärker ein für unser zusammenwachsendes Europa? Europa wird nicht nur von Putin bedroht, sondern auch von vielen Europa-Gegnern unter uns – in Deutschland sind das etwa 20 % der Wähler. Die haben leider noch immer nicht begriffen, dass gerade **Europa für Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand bei uns sorgt.** Diese Vorteile Europas sind keine Selbstverständlichkeiten, die gibt es nicht ohne bürgerschaftliches Engagement. Hierfür braucht es möglichst viele europäisch engagierte Bürgerinnen und Bürger, die unseren Politikern bei ihrem Einsatz für Europa Mut – und gelegentlich auch Dampf – machen. Und das sind gerade die Mitglieder der überparteilichen Europa-Union Deutschland. Jeder, der aus seiner stillen Sympathie für Europa ein offenes Bekenntnis machen möchte, der ist als Mitglied der überparteilichen Europa-Union herzlich willkommen. Ein erfolgreiches Europa braucht mehr bekennende Europäerinnen und Europäer – ich hoffe, machen auch Sie mit?

Meine Schlussbemerkung sind zwei denkwürdige Zitate. Der große Europäer Konrad Adenauer sagte bereits 1954: **„Die Einigung Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Heute ist sie eine Notwendigkeit für uns alle.“** Diesen visionären – und bis heute gültigen – Adenauer-Satz von 1954 hat der große Europäer Hans-Dietrich Genscher 2010 so fortgesetzt: **„Europa ist unser aller Zukunft – wir haben keine andere.“** In diesem Sinne beantworte ich die eingangs gestellte Frage **„Brauchen wir Europa?“** mit einem eindeutigen **„Ja“** und wünsche **Europa ein herzliches Glück auf!**